



Protokollauszug
zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 12.10.2023, 17:10 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 TOP Betriebsausschuss Stadtentwässerung

Beratungsverlauf:

Siehe gesondertes Protokoll zur Sitzung des Betriebsausschusses Stadtentwässerung am 12.10.2023.

TOP 2 Sanierung Kunstrasenplatz MTV Ludwigsburg Vorl.Nr. 262/23
Erneuerung des Kunststoffrasenbelags
- Bau- und Vergabebeschluss

Beschluss:

Baubeschluss

Der Kunstrasen des Fußball- und Footballplatzes beim MTV Ludwigsburg wird erneuert.
Die Gesamtkosten in Höhe von 300.000,00 € (brutto) werden genehmigt.

Vergabebeschluss

Der Auftrag für die Sanierung des Sportplatzes wird an die Firma Sports and Leisure Group NV / Doma Sports Grass aus Sengenthal auf der Grundlage ihres Angebotes vom 05.09.2023 erteilt.

Die Vergabesumme beträgt

Angebotssumme	269.291,82 €
+ Unvorhergesehenes ca. 9,5 %	25.708,18 €

Vergabesumme **295.000,00 €** (brutto)

Bei Kostenüberschreitung von mehr als 10% wird das zuständige Gremium informiert.

TOP 2

Sanierung Kunstrasenplatz MTV Ludwigsburg
Erneuerung des Kunststoffrasenbelags
- Bau- und Vergabebeschluss

Vorl.Nr. 262/23

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Knecht

Beratungsverlauf:

BM **Manni** eröffnet die Sitzung des Mobilitäts- und Umweltausschusses. Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt er Tagesordnungspunkt 7 ab.

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Clausen** wird der Vorlage zustimmen. Die Vereine spielen eine wichtige Rolle in der Gemeinschaft und der Jugendarbeit. Die Sanierung sei nachvollziehbar. Sie geht auf die Entsorgung des bisherigen Platzes ein und fragt, ob dieser, wie auch der neue Belag recycelt werden könne. Für den neuen Platz wünscht sie eine Einschätzung zur Haltbarkeit. Kork werde als nachhaltiges Material begrüßt und sie fragt nach den Herkunftsquellen. Nähere Information wünscht sie zur Wasserbilanz und Besprühung des Platzes sowie zur jährlichen Nachfüllung des Korkmaterials.

Der Platz sei abgespielt und müsse saniert werden, meint Stadtrat **Klotz**. Er geht auf die Linierung ein und fragt, ob diese mit dem MTV abgestimmt sei. Das Bewässerungssystem sei ein Bestand aus dem vorherigen Platz und sei nicht rückgebaut worden. Der Kunstrasenplatz müsse nicht zwingend bewässert werden. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Mit dem Unternehmen habe man bereits öfters gut zusammengearbeitet, sagt Stadtrat **Maier**. Man unterstütze hierdurch junge Menschen und die Vereinsarbeit vor Ort. Seine Fraktion werde zustimmen.

Auch Stadtrat **Müller** geht mit der Vorlage mit. Er wünscht nähere Informationen zur Beregnungsanlage.

Die **Fachbereichsleiterin** geht auf die offenen Fragen ein. Die Firmen müssen den Abbau grundsätzlich fachgerecht und qualifiziert entsorgen. Die Haltbarkeit liege bei rund 15 Jahren. Die

Materialien werden immer besser. Die Plätze werden maximal bespielt und genutzt. Die Mischung Sand und Kork sei im Unterhalt und für das Bespielen angenehmer. Die Regenanlage werde genutzt, wenn es längere Zeit nicht geregnet hat. Die Beregnung sei von der jeweiligen Sportart abhängig. Man spare im Vergleich zum bisherigen Platz deutlich Wasser ein. Auf die Lieferkette werde geachtet und entsprechend ausgeschrieben, auch im Sinne von Cradle to Cradle. Die Linierung sei mit dem Verein abgestimmt worden.

BM **Manni** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 3 Bildungszentrum West - Vorabmaßnahmen
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Das etappenweise Vorgehen sei für die Lebewesen und deren Bewegung in die Randbereiche vorteilhaft gewesen.

Die Rodungen seien durch den notwendigen Neubau der Schulen unvermeidbar, bedauert BM **Manni**. Die Baumschutzsatzung werde beachtet.

Stadträtin **Dr. Knoß** bedauert ebenso die Baumfällungen, versteht die Maßnahme jedoch. Sie regt an, mit dem benachbarten Kindergarten geeignete Ideen für die Verwertung der Baumstämme zu finden. Sie hofft, dass man durch Entsiegelungen in der Weststadt eine Kompensation erhalten könne.

Nicht nur finanziell, auch ökologisch habe das Bildungszentrum West enorme Auswirkungen, meint Stadtrat **Klotz**. Ursprünglich sei man von 138 Bäumen ausgegangen.

Die Bäume müssen aufgrund eines funktionalen Schulbetriebes fallen, merkt Stadtrat **Zeltwanger** an. Die Entscheidung sei in der Abwägung prioritär zu sehen.

Durch die nachhaltige Holzbauweise des neuen Baus erhalte man eine gute CO₂-Bilanz, meint Stadtrat **Maier**, auch wenn er die Fällung bedauere. Der Ausgleich müsse in die Öffentlichkeit kommuniziert werden.

Traurig, aber unvermeidbar, sagt auch Stadtrat **Müller**. Man erspare der Schülerschaft eine lange Containerunterbringung.

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen geht auf die offenen Fragen ein. Man versuche den Eingriff so schonend als möglich zu machen. Final werden 138 Bäume in drei Phasen gefällt. Man werde am Ende eine moderne Schule mit einer guten CO₂-Bilanz erhalten.

Walcker-Park:

Die **Fachbereichsleiterin** Tiefbau und Grünflächen geht am Rande dieses Tagesordnungspunkts auf den Walcker-Park ein. Hier konnte man stattliche Bäume versetzen, neue Bäume pflanzen und

einen attraktiven stadtnahen Park anlegen. Die Neugestaltung sei für den Landschaftsarchitekturpreis nominiert worden.

TOP 4

Parkierungskonzeption
- Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2021

Vorl.Nr. 411/21

Abstimmungsergebnis:

Über den Antrag wird nicht abgestimmt.

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch den **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Manni** geht auf die fehlenden Fördermöglichkeiten für eine Untertunnelung ein. Man prüfe weitere Ideen und werde mit einer Gesamtschau erneut ins Gremium kommen. Er eröffnet die Aussprache und erteilt dem Antragsteller das Wort.

Es gebe Probleme mit dem fließenden und dem ruhenden Verkehr, merkt Stadtrat **Juranek** an. Er fordert das Engagement der Verwaltung für eine Problemlösung ein und ist von der vorgestellten Konzeption nicht überzeugt. Er zeigt sich zudem irritiert von der Aussage, dass eine Tunnellösung nicht die Beste sei. Er spreche von einer Verlängerung der vorhandenen Unterführung und nicht von einem kilometerlangen Tunnel. Hierzu müsse noch die Frage der Entlüftung geklärt werden. Die Kreuzung oberirdisch könne bleiben und müsse nicht umgesetzt werden. Langfristig könne nur hierdurch eine Verbesserung, auch hinsichtlich der Trennung zwischen Innenstadt und Schloss erreicht werden, meint er. Hierzu werde seine Fraktion zum Haushalt erneut einen Antrag stellen. Es reiche eine grobe Konzeption ohne Details, und müsse nicht an Fremdbüros vergeben werden.

Stadträtin **Dr. Knoß** lobt das vorgestellte Konzept. Sie geht auf das Kastanienbeutelfest ein. Es habe in den Parkhäusern zu jeder Zeit freie Plätze gegeben. Diese müssen von der Bürgerschaft auch aufgesucht und besser beworben werden. Das integrierte VVS-Ticket für das Blüba erwähnt sie lobend, wie auch die Taktverdichtung der Busse. Die Verbindung zwischen Bahnhof, Blüba und Stadt solle dekorativ besser gekennzeichnet und sichtbar gemacht werden. Man müsse die finanziellen

Mittel in die nachhaltige Mobilität investieren und nicht in einen Tunnelbau, welcher auch Folgekosten und große Baustellen nach sich ziehe. Man brauche weder ein neues Parkhaus noch einen Tunnel.

Die Präsentation sei nicht lösungsorientiert, bemängelt Stadtrat **Klotz**. Er nennt vergleichbar die Untertunnelung in Schwäbisch-Gmünd. Er wundert sich über das Argument Denkmalschutz sowie Grundwasser auf der Bärenwiese und fragt nach entsprechenden Untersuchungen. Die Prüfung eines Parkhauses sehe seine Fraktion immer noch als überlegenswert. Das Argument des Mehrverkehrs in der Innenstadt durch eine Erweiterung der Parkierung müsse insgesamt betrachtet werden. Dadurch verringere sich auch der Parksuchverkehr. Das Klinikum solle in das Parkleitsystem aufgenommen, jedoch eindeutig als Klinikparkplatz ausgewiesen werden und nicht zur Abdeckung der Festivitäten in der Stadt dienen.

Stadtrat **Zeltwanger** sieht die Lösungsvorschläge als nicht ausreichend an und hätte mehr erwartet, vor allem da der Antrag bereits vor zwei Jahren gestellt worden sei. Er geht auf die Bärenwiese ein. Das Thema Grundwasser könne gelöst werden, hier gebe es beispielsweise die Möglichkeit eines Stelzenbaus. Finanzielle Gründe seien als Argument des Landes nicht akzeptabel. Jeder Bürger müsse für seine Baumaßnahmen Stellplätze nach der Stellplatzverordnung des Landes Baden-Württemberg nachweisen, so erwartet er dies auch vom Land und fordert Vorschläge. Eine Neubewertung der Stellplätze für das Blüba als Freizeiteinrichtung sei dringend notwendig. Weiter geht er auf das Kastanienbeutelfest ein. Die verkehrliche Situation sei in diesem Jahr verbessert

TOP 4

Parkierungskonzeption

Vorl.Nr. 411/21

- Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2021

gewesen, lobt er. Die Rückstafläche der Marstalltiefgarage dürfe jedoch nicht bis zur B27 reichen. Der öffentliche Straßenraum müsse anders gestaltet werden. Das Parkleitsystem funktioniere noch immer nicht und die Beschriftung sei mangelhaft. Auch ein Shuttlekonzept könne bei Veranstaltungen eingebunden werden. Die geöffneten Parkflächen eines Discounters zum Kastanienbeutelfest seien nicht beschildert und beworben worden, kritisiert er. Man müsse die Parkflächen offensiver anbieten. Zudem wünscht er eine Erhebung über welche Zufahrt die Besucher hauptsächlich die Stadt anfahren.

Stadtrat **Juranek** kann sich dem Vorredner in vielen Punkten anschließen. Realistisch gesehen werde an der Bärenwiese keine Tiefgarage kommen, meint er. Eine Hochgarage schließe er aus Denkmals Gesichtspunkten aus. An sich sei die Stadt in der Parkierung sehr gut aufgestellt, um die eigenen Veranstaltungen abzudecken. Die Probleme kommen hauptsächlich durch das Blüba. Das Land selbst mache nichts. Er plädiert für ein Shuttle-System. Es gebe im Außenbereich genug leere Parkflächen am Wochenende, wie PH, Wüstenrot. Das Thema Parkhäuser werde seine Fraktion momentan nicht weiterverfolgen. Er fordert mehr Kreativität und Mut.

Stadtrat **Müller** fragt, ob zum Kastanienbeutelfest eine Kontrolle am Heilbadweg stattgefunden habe. Zudem fragt er nach der Annahme der Parkmöglichkeit eines Discounters an der Marbacher Straße. Er wünscht Angaben zum Umstieg für die Weiterfahrt in die Innenstadt. Die Taktverdichtung müsse besser beworben werden. Ein Shuttle-Verkehr vom Wüstenrotparkplatz sei eine sinnvolle Lösung. Er kritisiert das Chaos des Leitsystems, hier fordert er eine schnelle Nachbesserung. Das alte und das neue System könne nicht gemeinsam betrieben werden, meint er. Er geht auf das Stadtentwicklungskonzept ein. Man wünsche sich eine umweltverträgliche Mobilität bei Events. Er

fragt, wer für die Umsetzung und Einspeisung des Parkleitsystems zuständig sei.

Stadtrat **Handel** spricht von einer Entspannung, sobald das Parkhaus unter der Kreissparkasse in Betrieb gehe.

Zum Zustand und der Trennung zwischen Schloss und Innenstadt gebe es Ideen, um die städtebauliche Situation und den Charakter aufzuwerten, meint BM **Manni**. Intern laufen hierzu bereits Prüfungen. Ein Parkhaus an der Bärenwiese sei nicht notwendig. Die vorhandenen Möglichkeiten müssen besser gemanagt werden und die Technik besser funktionieren. Die Echtzeitdaten müssen momentan von Hand eingegeben werden. In allen Parkhäusern gebe es Dauerparkplätze, das Management liege beim Betreiber. Hier sei man im Gespräch mit den Parkhausbetreibern. Bei Großveranstaltungen wolle man zusätzlich private Parkplatzkapazitäten abschöpfen, bevor ein neues Parkhaus gebaut werde.

Der **Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität geht auf die offenen Fragen ein. Alle Kapazitäten müssen genutzt und die Parkplätze besser beworben werden. Dies gehöre zum Parkleitsystem dazu, wie auch eine bessere Wegweisung zwischen Bahnhof und Blüba. Mit dem Blüba stehe man im Gespräch, unter anderem werde das Online-Ticket beim Blüba-Eingang gegenüber Favoritepark nicht erkannt. Im Vorfeld versuche man die Bürgerschaft über die Presse, LUIS und Social Media zu erreichen. Die Taktverdichtung der Busse stehe bis Ende 2024 für das Kastanienbeutelfest und Frühlingserwachen fest. Man müsse stückweise optimieren. Weiter geht er auf das Parkleitsystem ein. Die Programmierung der Technik liege nicht nur in städtischer Hand. Das große Chaos sei beim Kastanienbeutelfest ausgeblieben.

Stadtrat **Meyer** fragt nach einer Zeitschiene für die Vorstellung der konkreten Ideen.

BM **Manni** dankt für die Rückmeldungen. Vor der nächsten Großveranstaltung werden die
TOP 4 Parkierungskonzeption Vorl.Nr. 411/21
- Haushaltsantrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2021

Maßnahmen im Gremium vorgestellt. Mit diesem Bericht sei der Antrag der SPD-Fraktion erledigt.

TOP 5 Fuchshof - Mögliche Parkierungsschwerpunkte im
Sportpark Südost
- mündlicher Bericht
- Interfraktioneller Antrag vom 20.09.2023

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch einen **Mitarbeiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Protokollauszug Mobilitäts- und Umweltausschuss 12.10.2023

Stadtrat **Handel** fragt, wie der Fehlbestand der Parkplätze ermittelt worden sei. Er geht davon aus, dass 18 Parkplätze für das Großspielfeld ausreichend seien. Die zweite Fahrspur der Landesstraße könne als zeitlich begrenzte Parkmöglichkeit genutzt werden. Zuerst solle die Parkraumbewirtschaftung eingeführt und danach erst die Fehlbestände ermittelt werden. Die Zielbeschlüsse des Stadtentwicklungskonzepts und Klimaneutralitätskonzepts sowie zur Flächenentsiegelung sprechen sich nicht für die Förderung des Autoverkehrs aus. Er gehe davon aus, dass Oßweil bei Starkregenereignissen stark betroffen sein könne. Man brauche mehr Grün, weniger versiegelte Flächen und mehr Schatten. Zudem spricht er die Finanzierung und die Folgekosten, wie den Unterhalt der Flächen, an. Der Jugendgemeinderat solle einbezogen werden. Ihn interessiert dessen Meinung zur weiteren Flächenversiegelung und einem Zurückdrängen der Natur.

18 Parkplätze am Großspielfeld werden nicht ausreichen, da nicht nur Spieler, sondern auch Zuschauer mit dem Auto anreisen, merkt Stadträtin **Seyfang** an. Die Parkfläche an einer Stelle anzubringen sei sinnvoll, dies verhindere einen Parksuchverkehr. Sie fordert 50 zusätzliche Parkplätze, diese könne auch weniger versiegelt gestaltet werden.

Stadtrat **Raasch** geht auf die Zu- und Abfahrten ein und sieht dies aufgrund der Enge problematisch. Eigentlich habe seine Fraktion 55 Parkplätze gefordert. Über das Thema werde noch diskutiert werden müssen.

Aufgrund des Großspielfeldes sei der Parkdruck enorm, meint Stadtrat **Maier**. Das Einzugsgebiet der Vereine reiche weit in das Umland hinein. Die Nachverdichtung der Parkplätze sei gut. Ein Parkhaus könne er nicht befürworten. Die Erreichbarkeit werde kritisch gesehen. Der Spielplatz und die nebenan liegende Spielwiese sollen erhalten bleiben. Die Parkfläche solle mit einem nicht komplett versiegelten Material gestaltet werden. Seine Fraktion könne mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen.

Stadtrat **Müller** geht auf die Berechnung der Parkplätze ein. Der Spielplatz und die Wiese sollen erhalten bleiben. Es sollte weniger Versiegelung angestrebt werden. Für die Wegeführung solle ein durchlässiges Material gewählt werden.

TOP 5 Fuchshof - Mögliche Parkierungsschwerpunkte im Sportpark Südost
- mündlicher Bericht
- Interfraktioneller Antrag vom 20.09.2023

Stadtrat **Klotz** weist darauf hin, dass stadtauswärts Richtung Oßweil in die Brünnerstraße nicht links abgebogen werden könne. Dies belaste die Wohngebiete. In diesem Kreuzungsbereich solle stadtauswärts ein Linksabbiegemöglichkeit geprüft werden.

Stadtrat **Meyer** zeigt sich skeptisch zur Anzahl der Parkplätze. Welche Parkplatzzahl sei die Basis, fragt er. Diese Frage sei entscheidend. Die Zu- und Abfahrt werde zudem kritisch gesehen. Bei einem Großspielfeld für fünf Migrantenvereine werden viele Spieler und Zuschauer ebenso aus dem Kreis erwartet. Er fragt nach der Zeitschiene zum Großspielfeld. Aufgrund der aktuellen Haushaltslage könne dies noch geschoben werden, meint er. So lange solle mit dem Regierungspräsidium die Möglichkeit der Zu- und Abfahrt über die Friedrichstraße geklärt werden.

Es gebe zusätzliche 50 öffentliche Stellmöglichkeiten mit der Zweckbestimmung Sport, so BM **Manni**. Man habe beispielsweise an der Brünnerstraße Parkplätze, die der Tennishalle und dem MTV erbaurechtlich zugeordnet seien. Für den Falle, dass diese freigegeben werden, würde man diese Plätze in die 50 Plätze einrechnen. Die Kosten werden auf die Gesamtmaßnahme des Sportparks verbucht.

Es werden 50 Stellplätze mehr sein als heute vorhanden, fügt ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität hinzu.

Die notwendigen Plätze für den Tennisverein liegen bei etwa 48, meint Stadtrat **Zeltwanger**. Eine Umwidmung für das Großspielfeld sei keine Lösung. Es gehe um die gesamte Betrachtung im Areal und dort gebe es insgesamt zu wenig Stellplätze.

Stadtrat **Klotz** schließt sich dem Vorredner an und erwähnt die benötigten Stellplätze für das Bewegungszentrum des MTV und der Gaststätte im nördlichen Bereich.

Eine Parkierung auf der Landesstraße sei im Außerortsbereich schwierig, so der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität. Zudem habe man mit dem Training und den Spielen häufige wiederkehrende Ereignisse und eine Absperrung sei nicht leistbar. Das Großspielfeld soll 2025 in Betrieb gehen. Es müssen dafür 18 baurechtlich notwendige Stellplätze nachgewiesen werden. Der reale Bedarf liege mit Wahrscheinlichkeit höher, meint er. Die Parkplätze an der dortigen Stelle würden dem südlichen Bereich für viele Nutzungen zur Verfügung stehen. Die Schwierigkeiten der Zu- und Abfahrt seien bekannt und müssen im weiteren Planungsprozess gelöst werden. Man versuche möglichst wenig zu versiegeln.

Die rechtliche Prüfung eines Parkhauses entlang der Friedrichstraße mit dem Regierungspräsidium werde auf Bitte von Stadtrat Meyer erfolgen, so BM **Manni**. Die Parkraumbewirtschaftung in diesem Bereich werde angestoßen, die Untersuchungen in Auftrag gegeben. Man werde in die detaillierte Planung einsteigen und diese dem Gremium vorstellen. Das Ziel der Fertigstellung sei das Jahr 2025.

Der interfraktionelle Antrag Nr. 281/23 sowie der Antrag 298/23 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind mit dem Bericht erledigt.

TOP 5.1

Parkhaus Ecke Brünnerstr. / Neuer Sportplatz
Sportpark Süd
- Interfraktioneller Antrag der Freien
Wähler/FDP/CDU vom 20.09.2023

Vorl.Nr. 281/23

Abstimmungsergebnis:

Es fand keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf zu TOP 5. Der Antrag ist mit Bericht zum Thema (s. TOP 5) erledigt.

TOP 6	Änderung der Parkgebührensatzung im Hinblick auf E-Rollersharing (Vorberatung)	Vorl.Nr. 258/23
-------	--	-----------------

Beschlussempfehlung:

Die Parkgebührensatzung der Stadt Ludwigsburg (Fassung vom 28.06.23) wird entsprechend der als Anlage 1 beigefügten Parkgebührensatzung geändert.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Empfehlungsbeschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Knecht

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** Nachhaltige Mobilität geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein. Die Änderung der Parkgebührensatzung sei eine Formalität hinsichtlich der neuen E-Roller.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Die E-Roller blockieren einen kompletten Parkplatz, merkt Stadträtin **Seyfang** an. Daher hätte man durchaus einen höheren Betrag verhandeln können. Sie fragt, wie die Kontrolle stattfindet.

Stadträtin **Dr. Knoß** hat die E-Roller tatsächlich noch nie im bewegten Zustand gesehen und fragt,

TOP 6	Änderung der Parkgebührensatzung im Hinblick auf E-Rollersharing (Vorberatung)	Vorl.Nr. 258/23
-------	--	-----------------

ob sich dies lohne und hofft, dass diese aus dem Stadtgebiet demnächst verschwinden werden.

Der **stellvertretende Fachbereichsleiter** geht auf die statistischen Daten ein. Der Anbieter sei mit der Anzahl der Kunden und den Fahrtzeiten zufrieden. Das Thema Abstellverhalten habe man im Blick. Vor Ort werde dies im Rahmen der Streifentätigkeit kontrolliert. Es gebe wenige Beschwerden. Mit dem Anbieter stehe man im guten Austausch. Er erläutert die Grundlage für die Höhe der pauschalen Jahresgebühr. Man wolle diese nachhaltige Alternative fördern und den Einstieg erleichtern. Künftig könne man, bei einer florierenden Nachfrage, über eine Erhöhung der Gebühr nachdenken.

BM **Manni** lässt über die Vorlage abstimmen.

TOP 7

Änderung der Satzung der Stadt Ludwigsburg über
das Reinigen, Räumen und Bestreuen der Gehwege
in Ludwigsburg
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 253/23

Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt wird vor Eintritt in die Tagesordnung durch BM **Manni** abgesetzt.

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch den **stellvertretenden Fachbereichsleiter** Sicherheit und Ordnung und eine **Mitarbeiterin** der Fachstelle Wohnungssicherung anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** zeigt sich beeindruckt von der Erfolgsquote.

Stadtrat **Meyer** dankt für die erfolgreiche und wichtige Arbeit. Er fragt, wie die Zusammenarbeit mit der Wohnungslosenhilfe gestaltet sei. Zudem wünscht er Information zum Umgang mit privaten Vermietern hinsichtlich des Datenschutzes, die sich vorab einer Kündigung präventiv melden. Mit der Wohnungsbau Ludwigsburg WBL werde diesbezüglich zusammengearbeitet. Durch den Immobilienkauf der Stadt für die Flüchtlingsunterbringung entziehe man diese dem Wohnungsmarkt. Es müsse ebenso eine Immobilie für Alleinstehende mit Kindern zurückgehalten werden, um die Unterbringung in einer Obdachlosenunterkunft zu vermeiden.

Stadtrat **Zeltwanger** spricht von einer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe und dankt für die Arbeit. Er geht auf die Kreiskooperationen ein und fragt, ob diese lediglich auf fachliche Abstimmungen beruhen oder auch, um im Kreis pragmatische günstige Wohnraumlösungen zu finden. Er geht ebenso auf die Immobilienkäufe für Geflüchtete ein und wünscht ebenso einen Rückhalt von Wohnraum, um Obdachlosigkeit zu verhindern. Das Thema sei wichtig und solle in den Gemeinderat gespielt werden.

Die Arbeit sei elementar wichtig für die Stadt und die betroffenen Menschen, meint Stadtrat **Maier**. Diese soziale Arbeit bringe viel und sollte investiv und nicht als Kostenpunkt gesehen werden. Die Diskussion um Schaffung von Wohnraum müsse weiter fortgesetzt werden.

Stadtrat **Müller** dankt ebenso für die erfolgreiche Arbeit. Die Anzahl der Mietschulden als Kündigungsgrund sei deutlich gegenüber der letzten Berichterstattung angestiegen. Die Armut breite sich in der Bevölkerung aus. Er fragt, ob sich die Wohngeldreform positiv auswirke.

BM **Manni** teilt mit, dass geplant sei über das Thema Wohnen im Gemeinderat zu berichten.

Die Zusammenarbeit mit der Wohnungslosenhilfe sei eng, da sie selbst dazugehöre, meint eine **Mitarbeiterin** der Fachstelle Wohnungssicherung. Sie lege den Fokus auf den Wohnraum. Die privaten Vermieter können sich jederzeit beraten lassen. Mit der WBL gebe es eine Kooperationsvereinbarung. In einzelnen Fällen fehle es an der Mitwirkung der betroffenen Menschen. An die Öffentlichkeit und Presse wende man sich lediglich in Einzelfällen, als Hilferuf an private Vermieter. Die Wohnungssuche für Obdachlose finde auch außerhalb des Landkreises statt. Die Wohngeldreform habe bisher keine Auswirkungen gezeigt. Sie hilft außerdem den betroffenen Menschen bei der Haushaltsplanerstellung und versucht die Ausgaben zu reduzieren.

BM **Manni** dankt für die erfolgreiche Arbeit und stellt die Kenntnisnahme des Gremiums fest. Er schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.